

Rat der Stadt Köln

Frau Oberbürgermeisterin Henriette Reker
Rathausplatz 2
Historisches Rathaus
50667 Köln

Sitzung des Rates der Stadt Köln am 07.04.2022

Antrag gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates

Tag der Jugend im Rathaus

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Teilnehmende und Gäste dieser Ratssitzung,

wir sind der SoWi-Kurs Klasse 10 der Peter-Ustinov-Realschule Köln-Nippes. Im Rahmen des Politikunterrichts haben wir seit Januar 2022 zunächst zahlreiche kommunalpolitische Themen mit Kommunalpolitiker*innen diskutiert, z.B.: „Verbesserung der Sauberkeit in der Stadt Köln“, „Späterer Schulbeginn“, „zusätzliche Lernangebote für Abschlussklassen“ und „Verbesserungen im ÖPNV“.

Wir haben dann demokratisch abgestimmt, uns für das Thema „**Toiletten für alle Geschlechter an Kölner Schulen**“ entschieden und die **Fraktion PURe Gleichheit** gegründet.

Für unseren Antrag haben wir uns auch mit dem **Aktionsplan „Selbstverständlich unterschiedlich – Aktionsplan der Stadt Köln zur Akzeptanz von sexueller und geschlechtlicher Vielfalt“** beschäftigt und dazu Mitarbeiter*innen aus der Fachverwaltung eingeladen.

Wir bitten darum, unseren Antrag „**Köln ist divers – Auch auf dem stillen Örtchen. Toiletten für alle Geschlechter an Kölner Schulen**“ auf die Tagesordnung der Ratssitzung zu setzen.

Beschlusstext: Der Rat beschließt und beauftragt die Verwaltung

1. mit der Einrichtung von geschlechtergerechten Toiletten und Umkleiden an Kölner Schulen.
 - a. Alle Schulneubauten, bei denen die Leistungsphase 3, nach der Honorarordnung für Architekten und Ingenieure noch nicht abgeschlossen ist, sind mit mindestens einer Toilette und Umkleidemöglichkeit für alle Geschlechter auszustatten.
 - b. Alle Bestandsbauten oder Generalsanierungsvorhaben sind ergänzend zu den bestehenden Toiletten im Rahmen einer Frist von 10 Jahren mit mindestens einer Toilette und Umkleidemöglichkeit für alle Geschlechter auszustatten.
2. mehr Aufklärungs- und Informationsangebote für Lehrkräfte, Erziehungsberechtigte und Schüler*innen zur Verfügung zu stellen:
 - a. Im Zusammenhang mit der Einrichtung von geschlechtergerechten Toiletten und Umkleiden ist von der Verwaltung, schulischen oder außerschulischen Fachkräften begleitende Aufklärungsarbeit an den Schulen zu leisten
 - b. Jede Kölner Schule soll die Möglichkeit erhalten, im Rahmen einer Frist von 3 Jahren ein Angebot zum Thema „**Köln ist divers**“ durchführen zu können, z.B. Projektwochen, Fortbildungen, Pädagogische Tage, Motto-Schulfeste, etc.

Grundlage unseres Antrags: **Köln ist divers!**

In unserer Stadt leben Menschen aus 183 Nationen zusammen. Wir gehören dazu. Wir wollen, wie alle, gleichwertig behandelt werden und uns in Köln wohlfühlen. Wir alle wollen so akzeptiert werden, wie wir sind. Egal ob wir uns durch das Alter, die Herkunft, die Religion, die Weltanschauung, das Geschlecht und die sexuelle Identität oder geschlechtliche Identität unterscheiden.

Damit Hürden, die unser Zusammenleben behindern, in allen Lebensbereichen beseitigt werden, hat die Stadt Köln ein Amt für Integration und Vielfalt und eine Fachstelle für lesbische, schwule, bisexuelle, trans- und intergeschlechtliche Menschen (kurz: LSBTI) eingerichtet.

Im Jahr 2011 forderte der UNO-Menschenrechtsrat, dass keine Person wegen ihrer Geschlechtsidentität verfolgt oder diskriminiert werden darf. Im Oktober 2017 forderte das Bundesverfassungsgericht den deutschen Gesetzgeber auf, im Hinblick auf das Selbstbestimmungsrecht für alle Menschen, das dritte Geschlecht „divers“ als Option für den Eintrag in das Geburtenregister anzuerkennen. 2020 empfahl die EU-Grundrechteagentur die Schaffung einer sicheren und unterstützenden Umgebung in Schulen für LSBTI-Personen sowie Hilfe für Schulen und Lehrkräfte bei der Bekämpfung von Mobbing gegen LSBTI-Personen.

Nach einer Online-Umfrage bei 19000 Personen in 27 Ländern ermittelte das Ipsos-Institut, dass sich 4 % der nach 1996 geborenen Menschen nicht als männlich oder weiblich identifizieren. In Köln leben ca. 70000 Jugendliche zwischen 14 und 20 Jahren. Demnach wären ca. 2800 Jugendliche in dieser Altersstufe betroffen, wobei eine gewisse Dunkelziffer von Menschen, die sich nicht dazu äußern möchten, zu addieren wäre.

61 % der der LSBTI-Jugendlichen versuchen ihre sexuelle Orientierung oder geschlechtliche Identität zu verheimlichen und fürchten sich vor einem Coming-Out in der Schulzeit. 55 % der LSBTI-Jugendlichen haben Erfahrungen mit Beleidigungen, Beschimpfungen und Gewalt aufgrund ihrer geschlechtlichen Identität oder ihrer sexuellen Orientierung gemacht.

Ziel unseres Antrags ist es, alle jungen Menschen in ihrer Identitätsfindung zu unterstützen. Wir erhoffen uns, dass alle Jugendlichen, Lehrkräfte und Eltern für das Thema sensibilisiert werden.

Toiletten und auch Umkleieräume für alle Geschlechter sowie eine fachliche gestützte Aufklärungsarbeit schon an Grundschulen würden dazu einen wichtigen Beitrag leisten. Die Nutzer*innen würden dadurch Akzeptanz erfahren und sich gleichwertig fühlen.

Damit der Aktionsplan der Stadt Köln zur Akzeptanz von sexueller und geschlechtlicher Vielfalt wirklich in Aktion tritt, soll die Entscheidung für die Einrichtung von geschlechtergerechten Toiletten und Umkleiden für alle Kölner Schulen im Rat der Stadt Köln getroffen werden.

Damit ist gewährleistet, dass nicht die einzelnen Schulen und ihre Gremien, wie Schulkonferenz, Elternvertretung oder Schulleitung und Lehrkräfte individuell für jeden Schulstandort selbst entscheiden müssen.

Finanzierung: (unter Berücksichtigung von Fördermöglichkeiten durch Land und Bund)

1. Zusätzlich zur baurechtlich vorgeschriebenen Mindestzahl an Toiletten für Jungen und Mädchen, sind bei Schulneubauten Mehrkosten aus dem städt. Etat einzuplanen, sofern keine Kostenneutralität durch pragmatische Raumsparlösungen im Rahmen der baulichen Planung umsetzbar ist.
2. Sanierungen in Bestandsbauten sind auf kostenneutrale Einsparmöglichkeiten zu prüfen.
3. Es ist zu prüfen, ob über den Aktionsplan „Selbstverständlich unterschiedlich“ Gelder für bauliche Maßnahmen und Aufklärungsangebote bereitgestellt werden können.
4. Die Aufklärungs- und Informationsangebote könnten über Fördermöglichkeiten durch Bund und Land zum Thema „Diversität“ mitfinanziert werden.

Mit freundlichen Grüßen

gezeichnet für die Fraktion PURe Gleichheit:

Florian Mennig

Melissa Boubakis

Sude Yalcin

Hene Ali